

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 29.11.2007**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002
Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit für die heutige Sitzung nicht gegeben ist.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird wie folgt ergänzt:

**TOP 4.1 Vorlage IV – 013/07
Rahmenplanung „Modellstadt Cottbus“ 5. Fortschreibung**

Die Tagesordnung wird in geänderter Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 07.11.2007 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird mehrheitlich bestätigt.

I. Öffentlicher Teil

TOP 3: Berichte und Informationen

Frau Dieckmann, FBL Soziales, stellt die neue Geschäftsführerin der ARGE (JobCenter Cottbus), **Frau Wiesner**, vor.

Frau Wiesner bedankt sich und schildert ihren beruflichen Werdegang.

**TOP 3.1 Bericht ARGE
v.: Geschäftsführerin der ARGE, Frau Wiesner
Frau Friedrich**

Frau Friedrich gibt anhand der beigefügten Anlage eine Übersicht zu den im Jahr 2007 erreichten Zielen. Die Zahl der Arbeitslosenhilfebezieher konnte kontinuierlich abgesenkt werden, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist leider nicht im gleichen Verhältnis gesunken. Als eine Ursache ist das geringe Erwerbseinkommen anzusehen, welches nicht zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit führt, so dass seitens des JobCenters ergänzende Leistungen gewährt werden müssen. Die Arbeitsmarktinstrumente sind im Jahr 2008 verstärkt auf die Senkung der passiven Leistungen auszurichten (s. Anlage).

Frau Wiesner führt aus, dass die Integration der Menschen weiterhin problematisch ist und verstärkt werden muss. Der Entwurf des Arbeitsmarktprogramms wird erst der Trägerversammlung vorgestellt und die Finanzierung wird abgestimmt. Die vorhandenen Verpflichtungsermächtigungen schränken ein flexibles Handeln ein. 370 neue Bildungsplätze sollen eingerichtet werden. Darüber hinaus sollen noch 200 neue ABM-Stellen geschaffen werden. Es gibt Eingliederungszuschüsse bei Angeboten auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein Gesamtpaket wäre wünschenswert, um Handlungssicherheit zu gewähren.

Herr Schulze fragt nach den Softwareproblemen im JobCenter und ob die Kunden am 01.12.2007 ihren Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II auf dem Konto haben.

Hierzu erklärt **Frau Friedrich**, dass ab 15. November 2007 ein neuer elektronischer Baustein im Fachverfahren A2LL eingeführt wurde. Dies kann in Einzelfällen zu Einschränkungen der Auszahlung des Arbeitslosengeldes 2 (Rechtskreis SGB II) führen. Das JobCenter ist auf diese Situation vorbereitet.

Frau Wiesner ergänzt hierzu, dass die neue Software mit Einschränkungen funktioniert. Kunden, die ihren Anspruch am 01.12.2007 nicht erhalten haben, sollen sich in im JobCenter melden. Sie erhalten dann Barauszahlungen. Die ARGE ist darauf vorbereitet.

Frau Vandreier ist erstaunt, dass im Beirat nicht über die Nichtausschöpfung der Gelder zur Eingliederung in Arbeit informiert wurde. Die 58er-Regelungen werden nicht mehr neu besetzt. Warum wird der Beirat diesbezüglich nicht informiert und warum wurde nicht rechtzeitig gegen gesteuert.

Dazu äußert **Frau Friedrich**, dass den Kunden im Jahr 2007 eine größere Anzahl an Angeboten unterbreitet werden konnte als im Jahr 2006. Es gab im Jahr 2007 verschiedene Zwangspunkte, die dazu führten, dass das zur Verfügung stehende Geld nicht restlos ausgeschöpft werden konnte. .

Herr Pracht führt aus, dass von den Arbeitgebern generell bemängelt wird, dass die Arbeitslosen nicht ausreichend qualifiziert sind. Man muss bestimmten Trends folgen, Kooperationspartner vor Ort finden, die Aussagen darüber treffen können, ob die Aufgaben bei der Vermittlung erfüllt werden.

Frau Wiesner ergänzt, dass eines ihrer Hauptaufgaben zukünftig ist, Bildungsmaßnahmen zu initiieren. Hier zeigt bereits der Fachkräftemangel den Bedarf auf. Jedoch muss die Mindestgewähr bestehen, dass der Mensch nach der Ausbildung in Beschäftigung kommt. Die Beschäftigungsquote nach der Weiterbildung liegt bei 40 %. Es gibt Bereiche, in denen die Menschen keine Beschäftigung finden. Wenn der Abschluss nicht marktfähig ist, kann bzw. sollte der Kunde nicht vermittelt werden. Nicht jeder Bildungsgutschein bringt Vermittlung in Arbeit. Er wird bevorzugt bedient, wenn Arbeit in Aussicht steht.

Herr Dr. Fischer erklärt, dass es verschiedene Förderinstrumentarien gibt. Er verweist auf das Verhältnis Arbeitsförderung und Wirtschaft.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Frau Wiesner und Frau Friedrich für die Ausführungen.

TOP 4: Beschlussvorlagen

**TOP 4.1 Vorlage IV – 013/07
Rahmenplanung „Modellstadt Cottbus“ 5. Fortschreibung
V.: Geschäftsbereich IV, Fachbereich Stadtentwicklung, Frau Löwa**

Durch **Frau Löwa, Hauptsachbearbeiterin Stadtsanierung im FB Stadtentwicklung**, erfolgte die Vorstellung und Erläuterung der Vorlage „Modellstadt Cottbus“, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Die Sanierung im Stadtgebiet Cottbus läuft seit 1992, es ist die 5. Fortschreibung. Der Innenstadt kommt eine immer größere Bedeutung zu. Die wirtschaftliche Komponente wird stärker berücksichtigt. Das Sanierungsprogramm ist für 20 Jahre (1992 - 2011) vorgesehen. In den vergangenen 15 Jahren wurde ein Sanierungsstand von 75 % erreicht. Anhand der Präsentation wurden die Maßnahmekonzepte/Schwerpunktbereiche vorgestellt und erläutert.

Die anwesenden 4 Mitglieder des Ausschusses stimmen protokollarisch wie folgt ab:

**4 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
0 Enthaltungen**

Durch **Herrn Kelch, Bürgermeister**, werden die Vorlagen **TOP 4.2. - TOP 4.5** vorgestellt und erläutert.

Durch die Ausschussmitglieder wurde folgende Trendabstimmung vorgenommen:

**TOP 4.2 Vorlage I – 040/07
Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Doppelhaushalt 2008/2009**

**3 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
1 Enthaltungen**

**TOP 4.3 Vorlage I – 041/07
Mittelfristiger Investitionsplan 2008/2009 - 2012**

**4 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
0 Enthaltungen**

**TOP 4.4 Vorlage I – 042/07
Fortschreibung HSK 2008 – 2012 (VWH)**

**3 Zustimmungen
1 Gegenstimmen
0 Enthaltungen**

**TOP 4.5 Vorlage I – 043/07
Fortschreibung HSK 2008 – 2012 (VMH)**

4 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
0 Enthaltungen

Frau Kircheis stellt eine Anfrage zur Puppenbühne und zum Piccolo-Theater.

Dazu führt **Herr Kelch** aus, dass die Puppenbühne zur Stadt Cottbus gehört, während das Piccolo-Theater eine eigenständige Gesellschaft ist.

5. Sonstiges

Frau Ceglarek informiert im Auftrag von Frau Wendebaum über den Wechsel des LIGA-Vorsitzes ab 2008. Ab 01.01.2008 ist Herr Renè Schultchen LIGA-Sprecher und unter folgender Anschrift

Renè Schultchen
Kreisgeschäftsführer
Deutsches Rotes Kreuz
Kreisverband Cottbus-Spree-Neiße-West e. V.
Ostrower Damm 2, 03046 Cottbus
Tel.: (0355) 2 22 25
Fax: (0355) 2 22 27
Intrnet: www.drk-cottbus.de

erreichbar.

Frau Duhra, FB 50, informiert zum Bundesprogramm Kommunal-Kombi zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden sollen. Ab 01.01.2008 könnten in Cottbus 822 geförderte Arbeitsplätze geschaffen werden. Es handelt sich hierbei um ein reines Lohnkostenzuschussprogramm. Ein Auszug aus den Entwürfen wird an die Anwesenden verteilt.

Herr Dr. Fischer äußert hierzu, dass die zu fördernden Arbeitsplätze eine Größenordnung darstellen, die den kommunalen Haushalt belasten würde.

Frau Dieckmann bemerkt hierzu, dass nicht immer eine Kosteneinsparung im Bereich „Kosten der Unterkunft – SGB II“ hervorgerufen wird. Die Kommune kann doppelt belastet werden.

Durch Frau Vandreier wird geäußert, dass der Eindruck entsteht, dass sich das Land aus der sachlichen und finanziellen Verantwortung bei der Umsetzung des Bundesprogramms zieht. Sie bemerkt weiter, dass das Land eine Verantwortung für die Kommunen im Land Brandenburg hat. Sie appelliert an die Landtagsabgeordneten, eine paritätische Umsetzung der Finanzierung durchzusetzen.

Frau Kircheis, Landtagsabgeordnete, nimmt diese Anregung mit und wird dieses Thema im Landtag noch einmal ansprechen.

Herr Thomas informiert, dass die ganze Verfahrensweise noch ungeklärt ist. Am 07. Dezember 2007 findet hierzu auch eine Beratung in der Agentur für Arbeit statt. Von kommunaler Seite werden u. a. Herr Weiße, Dezernent für Jugend, Kultur und Soziales, und Frau Duhra aus dem FB Soziales teilnehmen.

Herr Dr. Fischer meint, es können auch weniger Menschen beschäftigt werden. Die Institutionen mit unterschiedlichen Fördermaßnahmen sollten untereinander abgestimmt sein. **Herr Dr. Fischer** spricht noch einmal die Problematik der nicht ausgeschöpften Mittel an und bittet auch um Bekanntmachung an kleinere Träger.

Frau Meyer fragt an, ob bei den Maßnahmen eine längere Beschäftigungsdauer realisierbar ist, wobei eine Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt wahrscheinlich nicht möglich ist. Gibt es eine Gesamtkonzeption in der Kommune und wird dies mit Beschäftigungsprogrammen gekoppelt.

Dazu bemerkt **Herr Thomas**, dass die Fragen gegenwärtig noch nicht beantwortet werden können.

Frau Vandreier stellt den Familienatlas vor. Dieser wurde in ehrenamtlicher Arbeit erarbeitet.

Voraussichtlich in der 51. Kalenderwoche wird der Familienatlas im Carl-Thiem-Klinikum pressewirksam übergeben. Der Familienatlas kann für 5,00 € käuflich erworben werden. Kostenlose Exemplare erhalten der FB Bürgerservice, das Standesamt und Familienberatungsstellen.

Im Weiteren erläutert **Frau Vandreier** nochmals detailliert die Aufgaben des Cottbuser Kinderzimmers im Kaufhof Galeria.

Darüber hinaus bittet **Frau Vandreier** um Spenden von Kindersachen, die in der Lila Villa abgegeben werden können.

Frau Piduch zeigt den Inhalt des Stadtverordneten-Beschlusses zur „Verwirklichung der Chancengleich für behinderte Menschen in der Stadt Cottbus und zur Gestaltung einer zunehmend barrierefreien Stadt“ auf. Durch den Behindertenbeirat wurde dem Oberbürgermeister am 30.08.2007 ein Vorschlag zu o. g. Beschluss (Fortschreibung) übergeben. Sie bittet um Durchsicht und konzeptionelle Zuarbeiten.

Im I. Quartal 2008 soll der Beschluss den Stadtverordneten vorgelegt werden.

Herr Dr. Fischer räumt die Möglichkeit der Vorlage durch den Ausschuss ein.

Herr Thomas informiert, dass sich die Unterlagen derzeit im Ämterumlauf befinden.

Der öffentliche Teil endet um 19.45 Uhr.

II. Nichtöffentlicher Teil

entfällt

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Werner
Protokollantin